

## **Protokolleintrag vom 18.06.2014**

**2014/204**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:**

**Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung**

Von der GLP-Fraktion ist am 18. Juni 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich beim Regierungsrat dafür einzusetzen, dass die Bauplanung des PJZ den «neuen» Bedürfnissen so angepasst wird, dass das gesamte Kasernenareal der Stadtzürcher Bevölkerung langfristig und unwiderruflich zur Verfügung stehen kann.

Begründung:

Die Regierung hat den Zürcherinnen und Zürchern in drei Abstimmungen das Kasernenareal zur Nutzung versprochen: 1975, 2003 und 2011.

Insbesondere bei der letzten Abstimmung über das PJZ-Gesetz 2011 wurden weite Teile des Zürcher Stimmvolks mit dem Versprechen geködert, dass nur eine Zustimmung zum neuen PJZ zu einer Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung führen würde.

Wenn die Kantonsregierung so kurz nach der Abstimmung von 2011 von zusätzlichem Platzbedarf «überrascht» wird, deutet dies entweder auf unkoordinierte Planung oder Irreführung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hin.

Wir erwarten, dass sich der Stadtrat beim Regierungsrat energisch dafür einsetzt, dass das PJZ-Gesetz redlich umgesetzt und die Interessen der Stimmbevölkerung ernst genommen werden.

Mitteilung an den Stadtrat